

"Lautes Schweigen" in Süddeutsche Zeitung (28. Februar 1948)

Legende: Am 28. Februar 1948 analysiert die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung die Folgen des „Prager Staatsstreichs“, der in der Tschechoslowakei in die Etablierung einer kommunistischen Regierung unter der Führung von Klement Gottwald mündet.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. FRIEDMANN, Werner; GOLDSCHAGG, Edmund; SCHÖNINGH, Dr. Franz Joseph; SCHWINGENSTEIN, August. 28.02.1948, n° 17; 4. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Lautes Schweigen", auteur: Scriptor, p. 1.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: http://www.cvce.eu/obj/lautes_schweigen_in_suddeutsche_zeitung_28_februar_1948-de-500a93b3-997b-4ac7-91c4-7265029150a1.html

Publication date: 02/07/2015

Lautes Schweigen

Die Krise in der Tschechoslowakei

(Drahtbericht unseres tschechoslowakischen Mitarbeiters.) – Der tschechoslowakische Staatspräsident Dr. Eduard Benesch hat bisher nicht, wie wiederholt angekündigt wurde, zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei Stellung genommen. Das Schweigen Dr. Beneschs ist vielsagend und möglicherweise auch schwerwiegend. Die Öffentlichkeit fühlt, daß ihr etwas Wichtiges verborgen bleibt.

Die neue von Gottwald verkündete Ministerliste umfaßt 24 Personen, davon die Hälfte Kommunisten, obwohl, wie bekannt, diese bei den letzten Wahlen nicht günstig abschnitten, sondern nur 38 Prozent errungen haben. Die Kommunisten stellen den Ministerpräsidenten (Gottwald), zwei stellvertretende Ministerpräsidenten (Siroki und Zapotocky, letzterer der allmächtige Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes und des neuen Aktionsausschusses), den neuen Außenhandelsminister Dr. Gregor (an Stelle des volkssozialistischen Ministers Ripka), den Schulminister Professor Necedly (an Stelle des Volkssozialisten Stransky), den Justizminister Cebicka (an Stelle Drtinás, Volkssozialist). Sie behalten das Innenministerium (Nosek), das Finanzministerium (Dolansky), das für die Landwirtschaft (Duris), das Informationsministerium (Kopecky), das Ministerium für Innenhandel (Krcjar) und das Staatssekretariat im Außenministerium (Clementis). Dem Kabinett gehören weiter vier Sozialdemokraten an (Lausmann, bisher Parteivorsitzender und Vize-Ministerpräsident, Fierlinger, Erban und Frau Jan Kowsowa), zwei Vertreter der Katholischen Volkspartei (der Pater Plojhar und Alois Petr), zwei Repräsentanten der Volkssozialistischen Partei (Professor Slechta und Neumann), ein Slowake (Sevcik, Staatssekretär im Verteidigungsministerium) und ein slowakischer Unabhängiger (Swobar). Endlich sind in dem Kabinett Masaryk (Außenminister) und General Swoboda (Kriegsminister), die keiner Partei angehören.

Zu dieser Liste ist zu bemerken, daß die Sozialdemokraten, nach langen inneren Zerwürfnissen, nun für die engste Zusammenarbeit mit den Kommunisten sind, so daß die Kommunisten, abgesehen davon, daß sie die wichtigsten Schlüsselstellungen inne haben, in jeder Weise dominieren. Dazu kommt, daß sie nicht nur den Verwaltungsapparat beherrschen, sondern daß sie sogenannte Aktionsausschüsse gebildet haben, die, zentral geleitet, in alle Sphären des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens eingreifen. So sind bereits viele Journalisten, die entweder volkssozialistischen, katholischen oder parteilosen Blättern angehörten, ausgestellt worden, darunter Dr. Iwan Herben vom „Swobodne Slovo“ (Freies Wort) und Ferdinand Peroutka von der Zeitschrift „Dnesek“ (Heute) und der Tageszeitung „Swobodne Noviny“ (Freie Zeitung). Auch in anderen Institutionen und Organisationen sind Veränderungen erfolgt.

Die Krise begann, wie erinnerlich, mit der Demission von zwölf Ministern am Freitag, 20. Februar, als Protest gegen die Haltung des Innenministers, der Beschlüsse des Gesamtkabinetts ignorierte. Die Massendemission sollte offenbar eine Kraftprobe werden, aber es scheint, als hätte diese Opposition die tatsächlichen Machtverhältnisse falsch eingeschätzt. Es scheint auch, als hätten sich viele Hoffnungen vor allem auf die große moralische Autorität des Präsidenten Dr. Benesch gebaut in der Annahme, er werde ihre Demission nicht annehmen, die demissionierten Minister wieder in ihre Regierung zurückführen und ihnen damit einen für die bevorstehenden Wahlen wichtigen, psychologischen Trumpf gegen die Kommunisten in die Hand spielen. Tatsächlich hat sich Dr. Benesch auch lange geweigert, die Demission anzunehmen. Aber inzwischen haben sich dramatische Ereignisse abgespielt, die alle politischen Manöver über den Haufen geworfen haben, wie das bereits erwähnte Eingreifen des „Aktionskomitees“.

Im Mittelpunkt der Opposition standen der Justizminister Dr. Drtina, von den Kommunisten besonders wegen seines energischen Vorgehens bei der Untersuchung des Attentatsversuches gegen drei Minister angefeindet, ferner Dr. Ripka, Stransky und Dr. Zenkl, die alle vier der Volkssozialistischen Partei angehören. Diese Männer hatten seit vielen Jahren im öffentlichen Leben eine bedeutsame Rolle gespielt. Drtina war lange Zeit Kabinettschef des Präsidenten gewesen. Ripka, ein bekannter Journalist, vor dem Kriege das Sprachrohr Dr. Beneschs, und Zenkl, einst Primator von Prag, hatten viele Jahre in einem deutschen Konzentrationslager zugebracht. Von den katholischen Ministern, die zurücktraten, sind vor allem Msgr. Dr. Schramek und Dr. Hala zu erwähnen.

Was nun immer werden mag – der dramatische Ablauf der Ereignisse hat gezeigt, daß sie sich nicht ohne weiteres nach dem Vorbild anderer osteuropäischer Länder entwickeln. Die Tschechoslowakei besitzt eine tief eingewurzelte demokratische und parlamentarische Tradition; hierzu kommt ein hoher Lebensstandard und eine industrielle Entwicklung, die die Notwendigkeit des Exports nach dem Osten in sich schließen. Das Bündnis mit der Sowjetunion wird allgemein – von allen Parteien – als ein Grundpfeiler der Sicherheit betrachtet; aber die Tschechoslowakei wünscht sich ihre innere Unabhängigkeit zu bewahren. Dr. Benesch glaubte, sie erhalten zu können, gerade weil das Bündnis mit Rußland jeden Argwohn Moskaus umschalten müßte. In einer Welt, in der Ost und West zu einem Ausgleich gekommen sind, wäre dieses Programm auch tatsächlich erfüllbar, ja, die Tschechoslowakei wäre dann sogar ein starkes Bindeglied. Geographisch und gesinnungsmäßig war ihr die Rolle eines Vermittlers zugewiesen; aber es ist klar, daß die internationale Spannung und der verschärfte ideologische Gegensatz zwischen Ost und West sich auch im Innern auswirken mußten. Denkwürdig bleibt in dieser Krise die moralische Macht eines Mannes, der auf die Entwicklung der Dinge Einfluß nehmen konnte, weil seine Autorität bei der ganzen Nation so unbestritten und so stark verankert ist, daß auch die Kommunisten es nicht wagen können, ihm direkt den Kampf anzusagen. Es ist Dr. Benesch, der in diesen Tagen vor eine ähnliche Entscheidung gestellt ist wie zur Zeit Münchens. Was wird sein letztes Wort sein? Wird er sein Schweigen brechen oder darin verharren? Gewohnt, die Dinge von einer höheren Warte zu betrachten und die internationalen Zusammenhänge in Betracht zu ziehen, weiß er, daß es sich nicht um eine Regierungskrise handelt, sondern um eine Krise des Systems und um einen Konflikt der durch die ganze Welt geht. Er weiß wohl, daß die tschechoslowakische Krise eine ganz andere Tragweite hat, weil sich darin die Weltkrise spiegelt. Kommt die Welt zu einer Lösung der sie bedrängenden Probleme, dann wird auch die Tschechoslowakei ihren Weg zu jener Synthese zwischen Demokratie und Sozialismus wieder finden, die Benesch's Glaube ist. Wenn nicht, dann ist freilich die tschechoslowakische Krise nur ein Vorspiel zu einer Entwicklung, über deren Ende man besser nicht grübelt.

Scriptor